

## 02.0 Bewerbungsbedingungen

**Erneuerung der Auswertungs- und Recheninfrastruktur auf Basis von HPE Alletra dHCI**

**AZ: V-IT-2026-1**

**Ablauf der Angebotsfrist für das Angebot:  
21.07.2026, 12:00 Uhr**

# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis .....	2
1 VORBEMERKUNG .....	4
2 AUFTRAGSGEGENSTAND .....	4
3 KONTAKTSTELLE UND KOMMUNIKATION .....	4
4 VERGABEUNTERLAGEN .....	5
5 RÜCKFRAGEN .....	6
5.1 Hinweisobliegenheit bei Unklarheiten oder Fehlern .....	6
5.2 Beantwortung von Fragen und sonstige Mitteilungen des Auftraggebers .....	6
6 ALLGEMEINE ANFORDERUNGEN AN DAS ANGEBOT .....	6
7 EIGNUNGSPRÜFUNG .....	8
7.1 Nachweise .....	8
7.2 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (Ziffer 5.1.9) der EU- Auftragsbekanntmachung) .....	9
7.3 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (Ziffer 5.1.9 der EU- Auftragsbekanntmachung) .....	10
7.4 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (Ziffer 5.1.9 der EU- Auftragsbekanntmachung) .....	11
7.5 Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB .....	12
8 BERUFUNG AUF DIE LEISTUNGSFÄHIGKEIT UND FACHKUNDE DRITTER (EIGNUNGSLEIHE) .....	13
9 BIETERGEMEINSCHAFTEN .....	14
10 UNTERAUFTRAGSVERGABE .....	14
11 INHALTLICHE ANFORDERUNGEN AN DIE ANGEBOTE .....	15
11.1 Angebotsschreiben .....	15
11.2 Preise .....	15
11.3 Eignungsnachweise .....	16
11.4 Anforderungskatalog .....	16
11.5 Angebotskonzept .....	16
12 ERMITTLUNG DES WIRTSCHAFTLICHSTEN ANGEBOTS .....	18
12.1 Preis (40 %) .....	18

12.2	Qualität (60 %) .....	18
12.3	Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots anhand der Zuschlagskennzahl .....	19
13	VERTRAULICHKEIT .....	19
14	NACHPRÜFUNGSVERFAHREN .....	19

# 1 VORBEMERKUNG

Das Institut für Qualität und Transparenz im Gesundheitswesen (IQTIG) hat die Absicht, zur Beschaffung der Leistung „Erneuerung der Auswertungs- und Recheninfrastruktur auf Basis von HPE Alletra dHCI das Vergabeverfahren zu eröffnen.

Die für das Vergabeverfahren geltenden nachfolgenden Bewerbungsbedingungen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen, die den Bietern unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt zum Abruf zur Verfügung gestellt werden.

# 2 AUFTRAGSGEGENSTAND

Der Auftragsgegenstand ist die „Erneuerung der Auswertungs- und Recheninfrastruktur auf Basis von HPE Alletra dHCI des IQTIG als Gegenstand eines EVB-IT Systemvertrags.

Die Einzelheiten und der Umfang der zu erbringenden Leistungen ergeben sich insbesondere aus der **03.0\_Leistungsbeschreibung** nebst Anlagen. Es gelten die vertraglichen Fristen zur Leistungserbringung.

# 3 KONTAKTSTELLE UND KOMMUNIKATION

Auftraggeber ist das

IQTIG – Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen  
Katharina-Heinroth-Ufer 1  
10787 Berlin

Folgende Stelle ist für das Vergabeverfahren als **Kontaktstelle** zuständig:

IQTIG – Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen  
Vergabestelle  
Katharina-Heinroth-Ufer 1  
10787 Berlin

E-Mail: [vergabestelle@iqtig.org](mailto:vergabestelle@iqtig.org)

## 4 VERGABEUNTERLAGEN

Die Vergabeunterlagen umfassen folgende Dokumente:

Nummer	Dokument	Mit dem Angebot einzu- reichen
01	Aufforderung zur Angebotsabgabe	
02.0	Bewerbungsbedingungen nebst Anlagen	
02.1	Angebotsschreiben	Ausgefüllt
02.2	Preisblatt	Ausgefüllt
02.2.1	Anforderungskatalog	Ausgefüllt
02.3	Erklärung Bietergemeinschaft	Ausgefüllt, sofern zutref- fend
02.4	Erklärung Eignungsleihe	Ausgefüllt, sofern zutref- fend
02.5	Erklärung Befähigung und Erlaubnis zur Berufsaus- übung	Ausgefüllt
02.6	Erklärung finanzielle und wirtschaftliche Leistungs- fähigkeit	Ausgefüllt
02.7	Erklärung berufliche und technische Leistungsfähig- keit nebst Anlagen	Ausgefüllt
02.8	Erklärung Nichtvorliegen von Ausschlussgründen	Ausgefüllt
02.9	Datenschutzrechtliche Informationen nach Artikel 13 Absatz 1 und 2 sowie Artikel 14 Absatz 1 und 2 der Da- tenschutz Grundverordnung (DSGVO)	
03.0	Leistungsbeschreibung	
03.1	Abnahmeplan	
04.0	EVB-IT Systemvertrag	
04.1	EVB-IT System-AGB	
05.0	AEB des IQTIG	

Die Vergabeunterlagen sind unverzüglich nach Zugang auf Vollständigkeit und etwaige Unklarheiten zu überprüfen. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters unklare Regelungen oder werfen sie Fragen auf, die die Erstellung des Angebots beeinflussen können, so hat der Bieter die Kontaktstelle unverzüglich darauf hinzuweisen (siehe auch Kapitel 3).

## 5 RÜCKFRAGEN

### 5.1 Hinweisobliegenheit bei Unklarheiten oder Fehlern

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten oder Fehler, so hat er den Auftraggeber unverzüglich und vor Einreichung seines Angebots in Textform per E-Mail an die Kontaktstelle (siehe auch Kapitel 3) darauf hinzuweisen.

Etwaige Rückfragen oder der Wunsch nach zusätzlichen Auskünften sind ebenfalls in Textform per E-Mail an die Kontaktstelle zu richten. Spätester Zeitpunkt für den Eingang dieser Rückfragen oder das Verlangen nach weiteren Auskünften ist Montag, der **13.07.2026, 12.00 Uhr**.

### 5.2 Beantwortung von Fragen und sonstige Mitteilungen des Auftraggebers

Sowohl Fragen als auch Antworten werden, soweit sie wichtige Informationen enthalten, gleichzeitig allen Bietern in anonymisierter Form zur Verfügung gestellt.

## 6 ALLGEMEINE ANFORDERUNGEN AN DAS ANGEBOT

1. Ein vollständiges Angebot besteht – soweit nicht ausdrücklich anders angegeben – aus
  - dem vollständig ausgefüllten Angebotsschreiben (Anlage 02.1),
  - dem vollständig ausgefüllten Preisblatt (Anlage 02.2),
  - dem vom Bieter ausgefüllten 02.2.1\_Anforderungskatalog,
  - dem vom Bieter selbst erstellten Angebotskonzept,
  - den Eignungsnachweisen gem. Ziff. 7 dieser Bewerbungsbedingungen (unter Nutzung der hierfür vorgesehenen Formblätter),
  - den Nachweisen bzw. Erklärungen nach Ziff. 11 dieser Bewerbungsbedingungen (unter Nutzung der hierfür vorgesehenen Formblätter).

sowie folgenden nicht mit dem Angebot einzureichenden Unterlagen:

- 02.9 Informationsblatt zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
  - 03.0 Leistungsbeschreibung
  - 04.0 EVB-Systemlieferungsvertrag
  - 04.1 EVB-Systemlieferungsvertrag-AGB
  - 05.0 AEB des IQTIG
2. Das Angebot hat die geforderten Angaben und Erklärungen vollständig zu enthalten und ist rechtzeitig einzureichen.
  3. Verfahrenssprache ist Deutsch. Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen. Der Schriftverkehr mit der Vergabestelle ist in deutscher Sprache zu führen.

4. Die Bieter müssen das beigegefügte Formblatt (Angebotsschreiben) verwenden. Das Formblatt ist an den vorgesehenen Stellen auszufüllen.
5. Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.
6. Regelung zu **Mindestanforderungen**: Die in diesen 02.0\_Bewerbungsbedingungen und der 3.0\_Leistungsbeschreibung geforderten Leistungen sind vollständig anzubieten. Bieter, die diese Leistungen in ihrem Angebot ganz oder teilweise nicht anbieten, werden gemäß (§ 57 VgV) wegen Änderungen an den Vergabeunterlagen vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Einzelne Formulierungen der 3.0\_Leistungsbeschreibung mit zwingendem Charakter (z.B. "muss", "hat...zu", "ist...zu") sind als Mindestanforderungen in diesem Vergabeverfahren zu verstehen.
7. Kosten für die Erstellung des Angebots werden nicht erstattet.
8. Nebenangebote sind nicht zugelassen.
9. Bestehen für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte oder sind solche vom Bieter oder Dritten beantragt, hat der Bieter dies im Angebot anzugeben (§ 53 Abs. 8 VgV). Beabsichtigt der Bieter, Angaben aus seinem Angebot für die Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechts zu verwerten, hat er in seinem Angebot darauf hinzuweisen.
10. Das vollständige Angebot ist in elektronischer Form über die Vergabeplattform auf dem dafür vorgesehenen Weg zu übermitteln.

**Hinweis: Eine Einreichung eines Angebots in Schriftform, per Telefax oder per unverschlüsselter E-Mail (oder über die Nachrichtenfunktion des Vergabeportals - "Kommunikation") ist unzulässig, auch nicht ergänzend zu einem elektronisch eingereichten Angebot. Ein Verstoß gegen diese Vorgabe führt zum Ausschluss des Angebots.**

11. Die Angebotsfrist endet am Dienstag, **den 21.07.2026, 12:00 Uhr**.
12. Angebote, die verspätet eingehen, werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen, es sei denn, der verspätete Eingang ist durch Umstände verursacht worden, die nicht vom Bieter zu vertreten sind. Derartige Gründe sind vom Bieter glaubhaft zu machen. Individuelle Fristverlängerungen sind ausgeschlossen.
13. Etwaige Ergänzungen, Änderungen oder Berichtigungen im Angebot sind bis zum Ablauf der Angebotsfrist möglich und entsprechend gekennzeichnet gemäß den Vorgaben dieser Bewerbungsbedingungen einzureichen. Angebote können schriftlich oder über die eVergabeplattform bis zum Ablauf der Angebotsfrist zurückgezogen werden.
14. Die Bieter sind an ihre Angebote bis zum **31.August 2026, 24 Uhr** gebunden (Bindefrist).  
Folgender weiterer Termin ist zu beachten:  
Zuschlagserteilung: voraussichtlich **17.08.2026**
15. Die eingereichten Angebote gehen in das Eigentum des Auftraggebers über, es sei denn, der Bieter verlangt ausdrücklich die Rückgabe einzelner Dokumente nach Abschluss des Vergabeverfahrens.

16. Im Rahmen des Vergabeverfahrens erbetene personenbezogene Angaben von Bietern und ggf. Mitgliedern der Bietergemeinschaft werden ausschließlich hierfür verarbeitet und gespeichert. Die zu leistenden Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung der Angebote. Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016 (Datenschutzgrundverordnung, DSGVO) sind der **Anlage 2.09** der Bewerbungsbedingungen zu entnehmen. Es wird darauf hingewiesen, dass Angebotsinhalte auch nach Abschluss dieses Vergabeverfahrens der Vertraulichkeit unterliegen.
17. Der Auftraggeber kann die Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen. Die Unterlagen sind vom Bieter nach Aufforderung durch den Auftraggeber innerhalb einer festzulegenden angemessenen Frist vorzulegen. Ein Anspruch der Bieter auf eine Nachforderung von Unterlagen besteht nicht. Angebote, die nicht die geforderten beziehungsweise bei Ausübung der vorgenannten Möglichkeit nicht die nachgeforderten Unterlagen enthalten, werden ausgeschlossen.
18. Die Vergabeunterlagen enthalten zwingend formulierte Anforderungen (Mindestanforderungen), die eindeutig als solche gekennzeichnet sind ("muss", "hat", "ist zu" etc.). Angebote, die Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden ausgeschlossen.

## 7 EIGNUNGSPRÜFUNG

### 7.1 Nachweise

1. Der Auftraggeber prüft die Eignung und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen der Bieter anhand der geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise. Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, von den Bietern zur Überprüfung der abgegebenen Eigenerklärungen Bescheinigungen der zuständigen Stellen zu verlangen.
2. Als Eignungsnachweise sind die in den Ziffern 7.2 bis 7.5 genannten Formblätter zu verwenden.
3. Neben den geforderten Unterlagen können erforderlichenfalls zusätzliche, vom Bieter selbst erstellte Anlagen beigefügt werden. Eigene Anlagen sind gesondert zu kennzeichnen (z. B. „Anlage B1“ für das Angebotskonzept).
4. Als vorläufigen Beleg der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen wird die Vorlage der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) akzeptiert. Soweit die in den Ziffern 7.2 bis 7.5 geforderten Nachweise durch das Standardformular für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) erbracht werden können, dürfen Bieter diese anstatt der Ziffern 7.2 bis 7.5 zu diesen Bewerbungsbedingungen verwenden. Soweit die in den Ziffern



7.2 bis 7.5 geforderten Nachweise über die EEE hinausgehen, muss der Bieter diese Nachweise zusätzlich entsprechend den Vorgaben in der EU-Auftragsbekanntmachung und in diesen Bewerbungsbedingungen und unter Verwendung der gestellten Formblätter vorlegen. Das Beschaffungsamt beim Bundesministerium des Innern stellt einen kostenlosen Webdienst für Bewerber zur Verfügung, die eine EEE elektronisch ausfüllen möchten. Dieser Webdienst kann aufgerufen werden unter:

<https://uea.publicprocurement.be/>

Das Online-Formular kann ausgefüllt, gespeichert und als Teil des Angebots übermittelt werden. Die Bieter können eine bereits bei einer früheren Auftragsvergabe des Auftraggebers verwendete EEE wiederverwenden, sofern sie bestätigen, dass die darin enthaltenen Informationen weiterhin zutreffend sind. Dem Auftraggeber bleibt es vorbehalten, die Bieter jederzeit während des Verfahrens aufzufordern, sämtliche oder einen Teil der in den Ziffern 7.2 bis 7.5 geforderten Nachweise und Erklärungen vorzulegen, wenn dies zur angemessenen Durchführung des Verfahrens erforderlich ist. Vor der Zuschlagerteilung wird der für den Zuschlag vorgesehene Bieter beziehungsweise die für den Zuschlag vorgesehene Bietergemeinschaft aufgefordert, die geforderten Unterlagen beizubringen (§ 50 Abs. 2 S. 2 VgV). Die Bieter müssen im Falle der Aufforderung zur Beibringung der Unterlagen diese nicht vorlegen, soweit die Unterlagen über eine für den Auftraggeber kostenfreie Datenbank innerhalb der Europäischen Union, insbesondere im Rahmen eines Präqualifikationssystems erhältlich sind oder dem Auftraggeber bereits vorliegen.

5. Der Nachweis der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach den § 123 GWB und § 124 GWB kann ganz oder teilweise durch die Teilnahme an Präqualifizierungssystemen erfolgen.
6. Der Auftraggeber prüft die Eignung des Bieters gesamthaft unter Berücksichtigung der vom Bieter eingereichten Nachweise und Angaben. Als geeignet gilt ein Unternehmen nur, wenn auf Grundlage der von ihm eingereichten Nachweise und Angaben damit zu rechnen ist, dass das Unternehmen die zu erbringenden Leistungen ordnungsgemäß ausführen wird. Von der Wertung ausgeschlossen werden in jedem Fall Angebote von Unternehmen, die eine Mindestanforderung nicht erfüllen.

## **7.2 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (Ziffer 5.1.9) der EU-Auftragsbekanntmachung)**

1. Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (Ziffer 5.1.9) der EU-Auftragsbekanntmachung) hat der Bieter folgende Angaben und Erklärungen abzugeben beziehungsweise Unterlagen als Nachweis vorzulegen:
  - a. Handelsregistrauszug: Nachweis der Eintragung im Handelsregister des Staates, in dem der Bieter niedergelassen ist, der nicht älter als drei Monate zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist sein darf.
  - b. Alternativer Nachweis: Sofern der Bieter nicht im Handelsregister verzeichnet ist, genügt der Nachweis der erlaubten Berufsausübung auf andere Weise (z. B. Eintragung in ein Partnerschafts- oder Vereinsregister, Mitgliedschaft in einer wirtschaftsständischen Vereinigung).

2. Für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind die jeweiligen Berufs- oder Handelsregister und die Bescheinigungen oder Erklärungen über die Berufsausübung in Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/18/EG, Abl. L 94 v. 28. März 2014, S. 65, aufgeführt.
3. Zur Nachweisführung ist das Formblatt **Anlage 02.5** zu verwenden.

### 7.3 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (Ziffer 5.1.9 der EU-Auftragsbekanntmachung)

Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit hat der Bieter folgende Erklärungen abzugeben:

1. Erklärung über den Gesamtumsatz sowie den Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des hier zu vergebenden Auftrags (Erbringung von IT-Dienstleistungen) für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre vor Ablauf der Angebotsfrist (2023, 2024, 2025).

**Mindestanforderung: Der Bieter muss innerhalb der letzten drei Geschäftsjahre die nachstehenden Mindestumsätze insgesamt und im ausgeschriebenen Tätigkeitsbereich erzielt haben:**

Der durchschnittliche Jahresumsatz im genannten Zeitraum beträgt im ausgeschriebenen Tätigkeitsbereich pro Jahr mindestens	Der durchschnittliche Jahresumsatz im genannten Zeitraum beträgt pro Jahr mindestens
<b>1.000.000 EUR</b>	<b>2.000.000 EUR</b>

2. Nachweis einer marktüblichen Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung (insbesondere für Personen-, Sach-, Cyber- (Datenschutz) und Vermögensschäden.

**Mindestanforderung: Die Deckungssumme der Versicherung muss je Schadensfall mindestens folgende Höhen haben (Mindestanforderung) und pro Jahr zur Verfügung stehen:**

Sachschäden	1.000.000 EUR
Personen- und Vermögensschäden	1.000.000 EUR
Schäden aus Datenschutzverletzungen (Cyberversicherung)	1.000.000 EUR

Alternativ zur Vorlage einer Versicherung mit den genannten Anforderungen kann eine Erklärung des Versicherers vorgelegt werden, nach der dieser im Auftragsfall bereit ist, eine entsprechende Versicherung abzuschließen. Zudem hat sich der Bieter zu verpflichten, unmittelbar nach Erhalt des Zuschlages eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit den genannten Anforderungen abzuschließen, für die Dauer der Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten sowie die entsprechende Bescheinigung unaufgefordert vorzulegen.

Zur Nachweisführung ist die **02.6 Erklärung finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit** zu verwenden. Ergänzende Nachweise (z. B. Handelsregisterauszug) sind als eigene Anlagen zum Angebot beizufügen.

## 7.4 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (Ziffer 5.1.9 der EU-Auftragsbekanntmachung)

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (Ziffer 5.1.9) der EU-Auftragsbekanntmachung) hat der Bieter die in den folgenden Absätzen genannten Erklärungen abzugeben bzw. Angaben zu machen:

1. Geeignete **Referenzen** von wesentlichen Leistungen mit Beschreibung der tatsächlich erbrachten Leistungen, Angabe des Werts, des Erbringungszeitraums sowie des öffentlichen oder privaten Auftraggebers.

**Mindestanforderung:** Es wird der Nachweis von Erfahrungen im Bereich der hier zu vergebenen Leistungen durch Angabe von mindestens drei in den letzten drei Jahren vor Ablauf der Angebotsfrist im Wesentlichen ausgeführten Referenzaufträge gefordert. Der Referenzauftrag muss nach seiner Art bezüglich der unter Ziffer 2 der Bewerbungsbedingungen sowie der in der Leistungsbeschreibung beschriebenen Merkmale mit der hier zu vergebenen Leistung vergleichbar sein. Das ist der Fall, wenn in mindestens alle genannten Mindestanforderungen je zweimal erfüllt sind.

- Erfolgreiche Realisierung eines Alletra dHCI Brownfield oder Greenfield Szenarios für einen Auftraggeber inkl. Datenmigration
- Erfolgreiche Implementierung/Erneuerung einer Out-of-Band Infrastruktur
- Erfolgreiche Implementierung/Erneuerung einer HPE Alletra dHCI LAN-Infrastruktur
- Erfolgreiche Implementierung/Modernisierung von HPE Alletra dHCI VMware Server-Systemen
- Betriebsbegleitende Implementierung und Installation
- Projektmanagement

Eine Referenz muss nicht alle genannten Mindestanforderungen enthalten. Die Vergleichbarkeit der Referenzaufträge muss anhand der Angaben des Bieters überprüfbar sein.

2. Das IQTIG führt eine produktspezifische Ausschreibung durch und beabsichtigt den Erwerb von Komponenten des Herstellers Hewlett Packard Enterprise (im Folgenden HPE genannt). Zur Sicherstellung der Qualifikation des Unternehmens und der eingesetzten Mitarbeiter wird ein HPE- Partnerstatus gefordert.

**Mindestanforderung:** Das Unternehmen muss mindestens einen offiziellen Partnerstatus bei HPE in mindestens dem Status „Silber“ nachweisen können.

3. Erklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Zahl an Mitarbeiter\*innen und Führungskräften hervorgeht, die im Betrieb des Bieters in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2023, 2024, 2025) beschäftigt waren.
4. Angabe, welche Teile des Auftrags der Bieter als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt, und – falls möglich – Benennung des vorgesehenen Unterauftragnehmers.

5. Zur Abgabe der gemäß Abs. 1 geforderten Erklärungen ist der entsprechende Abschnitt in der **02.7 Erklärung technische und berufliche Leistungsfähigkeit** auszufüllen und gegebenenfalls um eigene Anlagen zu ergänzen. Ergänzende Beschreibungen der Referenzaufträge sollten einen Umfang von zwei DIN A4 Seiten je Referenz nicht überschreiten.

## 7.5 Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB

1. Bieter haben das Nichtvorliegen der in § 123 GWB und § 124 GWB genannten Ausschlussgründe sowie das Nichtvorliegen der in § 124 Abs. 2 GWB i.V.m. § 19 Abs. 1 i.V.m. § 21 Mindestlohngesetz (MiLoG), § 124 Abs. 2 GWB i.V.m. § 21 Abs. 1 i.V.m. § 23 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG), § 124 Abs. 2 GWB i.V.m. § 98c Abs. 1 S. 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG), § 124 Abs. 2 GWB i.V.m. § 21 Abs. 1 S. 1, 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG) und § 124 Abs. 2 GWB i.V.m. § 22 Abs. 2 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) genannten Ausschlussgründe zu erklären. Für die Erklärung ist das Formblatt gemäß **Anlage 02.8** zu verwenden.
2. Es wird darauf hingewiesen, dass der Auftraggeber nach § 19 Abs. 4 MiLoG, § 21 Abs. 4 AEntG, § 21 Abs. 1 S. 5 SchwarzArbG sowie § 98c Abs. 3 AufenthG i.V.m. § 21 Abs. 4 AEntG verpflichtet ist, vor der Erteilung des Zuschlags für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister nach § 6 Abs. 1 WRegG über das (Nicht-)Vorliegen der jeweiligen Ausschlussgründe anzufordern. Liegt bei einem Bieter ein Ausschlussgrund nach § 123 GWB oder § 124 GWB vor, wird dieser gemäß § 125 Abs. 1 GWB nicht ausgeschlossen, wenn er nachgewiesen hat, dass er für jeden durch eine Straftat oder ein Fehlverhalten verursachten Schaden einen Ausgleich gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat,
  - a. die Tatsachen und Umstände, die mit der Straftat oder dem Fehlverhalten und dem dadurch verursachten Schaden in Zusammenhang stehen, durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden und dem öffentlichen Auftraggeber umfassend geklärt hat, und
  - b. konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder weiteres Fehlverhalten zu vermeiden.
3. Der Auftraggeber bewertet die vom Bieter ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen und berücksichtigt die Schwere und die besonderen Umstände der Straftat oder des Fehlverhaltens. Erachtet der Auftraggeber die Selbstreinigungsmaßnahmen als unzureichend, so begründet er diese Entscheidung gegenüber dem Bieter.
4. Auch bei einem Verstoß gegen § 124 Abs. 2 GWB i.V.m. § 19 Abs. 1 i.V.m. § 21 MiLoG, § 124 Abs. 2 GWB i.V.m. § 21 Abs. 1 i.V.m. § 23 AEntG und § 124 Abs. 2 GWB i.V.m. § 98c Abs. 1 S. 1 AufenthG, § 124 Abs. 2 GWB i.V.m. § 21 Abs. 1 S. 1, 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG) und § 124 Abs. 2 GWB i.V.m. § 22 Abs. 2 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) wird der Bieter nicht ausgeschlossen, wenn er die Wiederherstellung der Zuverlässigkeit nachgewiesen hat.
5. Öffentliche Auftraggeber sind bei Aufträgen oberhalb der EU-Schwellenwerte verpflichtet, die in der am 8. April 2022 im EU-Amtsblatt veröffentlichten Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 833/2014 (nachfolgend:

Sanktions-VO) normierten Sanktionen umzusetzen. Nach Art. 5k der Sanktion-VO besteht insbesondere ein Zuschlagsverbot. Das Zuschlagsverbot besagt, dass Personen oder Unternehmen, die der Sanktions-VO unterliegen, keine öffentlichen Aufträge mehr erhalten dürfen. Von allen Bietern bzw. sämtlichen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft ist deshalb die entsprechende Erklärung abzugeben. Angebote von Unternehmen, die diese Erklärung nicht abgeben, sind vom Verfahren auszuschließen.

6. Kommt der Bieter seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nach und ist dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt (§ 123 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 GWB), unterbleibt ein Ausschluss, wenn der Bieter nachweist, dass er seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass er die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafbzuschlägen verpflichtet hat.
7. Zur Erbringung des jeweiligen Nachweises nach den Absätzen 3, 5 und 6 ist die **Anlage 02.8** an der jeweils relevanten Stelle auszufüllen und durch Angaben auf eigenerstellter Anlage zu ergänzen.

## 8 BERUFUNG AUF DIE LEISTUNGSFÄHIGKEIT UND FACHKUNDE DRITTER (EIGNUNGSLEIHE)

1. Ein Unternehmen kann sich, auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft, zum Nachweis seiner Leistungsfähigkeit und Fachkunde der Fähigkeiten Dritter (z. B. Unterauftragnehmer) bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Dritten bestehenden Verbindungen.
2. Jeder Dritte, auf dessen Eignung sich der Bieter bezieht, muss das Formblatt "Erklärung bei Eignungsleihe" (**Anlage 02.4**) ausfüllen und unterzeichnen, das mit dem Angebot des Bieters einzureichen ist. Zudem muss dieser Dritte seine wirtschaftliche und finanzielle sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit nach Maßgabe der Anforderungen in der EU-Auftragsbekanntmachung und diesen Bewerbungsbedingungen unter Verwendung der gestellten Formblätter in dem Umfang nachweisen, in dem sich der Bieter darauf beruft.
3. Unabhängig davon muss auch der Dritte, auf dessen Eignung sich der Bieter beruft, seine Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (Ziffer 7.2 dieser Bewerbungsbedingungen) sowie das Nichtvorliegen der in § 123 GWB und § 124 GWB genannten Ausschlussgründe (Ziffer 7.5 dieser Bewerbungsbedingungen) nach Maßgabe der EU-Auftragsbekanntmachung und dieser Bewerbungsbedingungen und unter Verwendung der gestellten Formblätter individuell und vollständig nachweisen.
4. Ein Bieter kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Bieter nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

5. Im Rahmen der Eignungsprüfung wird überprüft, ob das Drittunternehmen, deren Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung von Eignungskriterien in Anspruch nehmen möchte, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllt und ob Ausschlussgründe vorliegen.
6. Erfüllt das Drittunternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht vollständig oder liegt ein zwingender Ausschlussgrund vor, muss der Bieter dieses Unternehmen ersetzen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Ersetzung des Drittunternehmens zu verlangen, wenn ein fakultativer Ausschlussgrund vorliegt. Hierfür wird dem Bieter eine angemessene Frist gesetzt.
7. Es wird verlangt, dass der Bieter und das Drittunternehmen gemeinsam für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe haften, § 47 Abs. 3 VgV.
8. Für den Fall der Unterauftragsvergabe ist Ziffer 10 Abs. 6 zu beachten.

## 9 BIETERGEMEINSCHAFTEN

1. Die Teilnahme am Vergabeverfahren als Bietergemeinschaft ist zulässig. Der Koordinierungsaufwand darf allerdings nicht beim Auftraggeber liegen. Ist eine Bewerbung als Bietergemeinschaft beabsichtigt, so hat die Bietergemeinschaft einen bevollmächtigten Vertreter zu benennen, der das Angebotsschreiben (**Anlage 02.1**) unterschreibt und im weiteren Verfahren Ansprechpartner der Bietergemeinschaft für den Auftraggeber ist.
2. Jedes Mitglied der Bietergemeinschaft hat die zum Nachweis der Eignung vorgegebenen Formblätter (**Anlagen 02.6, 02.7, 02.8**) gesondert auszufüllen. Zusätzlich füllt die Bietergemeinschaft das Formblatt "Erklärung bei Bietergemeinschaft" (**Anlage 02.3**) aus, in dem auch der vorgenannte bevollmächtigte Vertreter benannt wird.
3. Die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (Ziffer 7.2 dieser Bewerbungsbedingungen) und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Ziffer 7.5 dieser Bewerbungsbedingungen) müssen für jedes Unternehmen, das Mitglied einer Bietergemeinschaft ist, individuell nachgewiesen werden. Für die übrigen Eignungskriterien kommt es auf die Bietergemeinschaft insgesamt an.

## 10 UNTERAUFTRAGSVERGABE

1. Sieht der Bieter den Einsatz von Unterauftragnehmern vor, so sind diese im Angebotsschreiben zu benennen. Der Bieter hat dort auch die durch den Unterauftragnehmer zu erbringenden Leistungen nach Art und Umfang konkret zu benennen.
2. Von den Bietern, die in die engere Wahl kommen, kann der Nachweis verlangt werden, dass dem Bieter die erforderlichen Mittel der beabsichtigen Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen.

3. Vor der Erteilung des Zuschlags überprüft der Auftraggeber, ob Gründe für den Ausschluss des Unterauftragnehmers vorliegen. Hierzu wird von dem für den Zuschlag vorgesehenen Bieter nach gesonderter Aufforderung die Abgabe der vom betroffenen Unterauftragnehmer ausgefüllten und unterzeichneten **Anlage 02.8** verlangt.
4. Bei Vorliegen zwingender Ausschlussgründe wird die Ersetzung des betreffenden Unter-auftragnehmers verlangt. Bei Vorliegen fakultativer Ausschlussgründe kann verlangt werden, dass dieser ersetzt wird. Hierfür kann dem Bieter eine Frist gesetzt werden.
5. Der Auftragnehmer bleibt trotz der Unterauftragsvergabe für alle vergebenen Leistungen verantwortlich und haftet vollumfänglich für die ordnungsgemäße Gesamtabwicklung des Auftrags (vgl. § 36 Abs. 2 VgV).
6. Es wird darauf hingewiesen, dass der Auftragnehmer nach den Vertragsbedingungen verpflichtet ist, die von ihm zur Ausführung der Leistung eingesetzten Unterauftragnehmer aller Stufen zur Einhaltung der Vorgaben des § 128 Abs. 1 GWB zu verpflichten (vgl. auch § 36 Abs. 4 VgV).

## 11 INHALTLICHE ANFORDERUNGEN AN DIE AN- GEBOTE

### 11.1 Angebotsschreiben

1. Für die Erstellung des Angebotsschreibens ist das als **Anlage 02.1** beigefügte Formblatt zu verwenden. Dieses ist vollständig auszufüllen. Die Bieter haben dort einzutragen, ob sie im Falle der Beauftragung beabsichtigen, Leistungsteile an Unterauftragnehmer zu vergeben, und – soweit dies beabsichtigt wird – diese Unterauftragnehmer sowie die Art der Leistung konkret benennen.
2. Sofern sich ein Bieter in seinem Angebot zum Nachweis seiner Eignung auf einen Dritten berufen hat, muss der Bieter auf Anforderung der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung eine Erklärung dieses Unternehmens einreichen, mit der es sich verpflichtet, dem Bieter im Auftragsfall die für die Auftragsausführung erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

### 11.2 Preise

1. Die Bieter kalkulieren auf Basis der Leistungsbeschreibung und der Vertragsbedingungen die geforderten Preise und tragen diese vollständig in die vorgesehenen Formularfelder des Preisblattes (**Anlage 2.2**) ein.
2. Alle Preise sind – soweit sich aus dem Preisblatt nichts anderes ergibt – als Bruttobeträge (inkl. Umsatzsteuer) anzugeben. Durch die angegebenen Preise sind alle vertraglichen Leistungen, insbesondere auch Nebenleistungen (wie z. B. Hilfs- und Sekretariatstätigkeiten), Nebenkosten und sonstige Auslagen, wie z. B. Kosten für die Vorbereitung und Ausführung von Besprechungen und Ortsterminen, Reise-, Fahrt- und Aufenthaltskosten und -zeiten, etc. abgegolten, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.



3. Der Auftraggeber wird sämtliche Preisangaben der Bieter einzeln prüfen, plausibilisieren und insbesondere die Angemessenheit der Preise prüfen. Der Auftraggeber behält sich vor, Erläuterungen zur Kalkulation anzufordern, wenn die angebotenen Preise im Verhältnis zu Art, Umfang und Schwierigkeit der zu erbringenden Leistungen ungewöhnlich niedrig erscheinen. Es wird kein Zuschlag auf ein Angebot erteilt, das Preise beinhaltet, die in einem Missverhältnis zu Art, Umfang und Schwierigkeit der zu erbringenden Leistungen stehen.
4. **Hinweis:** die Abfrage im Preisblatt hinsichtlich geschätzter Personentage dient lediglich der Nachvollziehbarkeit der bieterseitig vorgenommenen Kalkulation auf Grundlage des jeweilig geschätzten Aufwands. Für die Wertung und Abrechnung ist unabhängig davon der pauschalierte Festpreis ausschlaggebend.

### 11.3 Eignungsnachweise

Mit dem Angebot sind auch die Eignungsnachweise gemäß Ziffer 7 einzureichen.

Angebote, bei denen sich im Ergebnis der Aufklärung herausstellt, dass die vom Bieter getätigten Angaben nicht zutreffen, werden aus dem Vergabeverfahren ausgeschlossen.

### 11.4 Anforderungskatalog

Die Bieter müssen die Anforderungen gemäß dem **02.2.1\_Anforderungskatalog** beantworten und angeben, ob die jeweilige Anforderung durch das Angebot erfüllt wird oder nicht.

**Mindestanforderung: Angebote, die eine oder mehrere der in der Spalte C ("Kriterium") mit einem "A" ("Ausschlusskriterium") gekennzeichnete Anforderungen nicht erfüllen, werden wegen Änderung an den Vergabeunterlagen gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Alle Muss-Anforderungen sind zwingend zu erfüllen, auch wenn der Anforderungstext eine Soll-Formulierung enthält.**

„B“ kennzeichnet Bewertungskriterien, auf welche im Rahmen der erstellenden Konzepte eingegangen werden muss. Darüber hinaus haben die Bieter die informatorischen „I“-Kriterien zu beantworten.

Der Auftraggeber wird die Angaben einer detaillierten Prüfung unterziehen. Er behält sich vor, die Angaben im **02.2.1\_Anforderungskatalog** zu hinterfragen und ergänzende Nachweise zu verlangen. Angebote, bei denen sich im Ergebnis der Aufklärung herausstellt, dass die vom Bieter getätigten Angaben nicht zutreffen, werden aus dem Vergabeverfahren ausgeschlossen.

### 11.5 Angebotskonzept

Die Bieter erarbeiten auf der Grundlage der Leistungsbeschreibung ein qualitativ hochwertiges Angebotskonzept. Die Bieter müssen darin schlüssig und widerspruchsfrei darlegen, wie sie die auftragsgegenständlichen Leistungen in inhaltlicher, zeitlicher und personeller Hinsicht erbringen wollen. Das Konzept wird im Falle einer Beauftragung verbindlicher Vertragsbestandteil.



**Es werden detaillierte Aussagen zu folgenden Aspekten erwartet:**

**a) Angebotskonzept Projektvorgehen (ca. 5 Seiten)**

- Konzept für die Durchführung des Projekts inkl. grober Zeitplan, Zusammenarbeit, Projektmanagement, Mitwirkungsleistungen des Auftraggebers gemäß Ziff. 3.3.1 der 20\_Leistungsbeschreibung.

Die Bieter müssen weiter zu den nachfolgend genannten Aspekten in ihrem Angebotskonzept Stellung nehmen. Diese Angaben fließen **nicht** in die Bewertung ein und unterliegen nicht der Seitenzahlbegrenzung.

- Definition der aus Sicht des Bieters vom Auftraggeber zu erbringenden Mitwirkungsleistungen. Welche Ansprechpartner, Aufgaben- und Rollenträger werden für die Abwicklung des Projektes auf Seiten des Auftraggebers erwartet?
- Welche zusätzlichen Dokumente, Unterlagen bzw. Informationen müssen vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt werden?

**b) Grobkonzept zur LAN-Infrastruktur (ca. 2 Seiten)**

- Konzeption der LAN-Infrastruktur nach Ziff. 3.3.2 der 2.0\_Leistungsbeschreibung.

**c) Grobkonzept zur Out-of-Band Infrastruktur (ca. 2 Seiten)**

- Konzeption der Out-of-Band Infrastruktur innerhalb der HPE Alletra dHCI Infrastruktur nach Ziff. 3.3.3 der 2.0\_Leistungsbeschreibung.

**d) Grobkonzept Server-Systeme Virtualisierung (ca. 5 Seiten)**

- Konzeption der Implementierung des VMware vSphere Metro Stretched Storage-Cluster in Verbindung mit den zu modernisierenden Server-Systemen innerhalb der HPE Alletra dHCI Infrastruktur auf Grundlage der aktuellen IST-Infrastruktur nach Ziff. 3.3.4 der 2.0\_Leistungsbeschreibung.

**e) Personaleinsatzkonzept (ca. 2 Seiten zzgl. Anlagen)**

- Darstellung der Personaleinsatzplanung
- Qualifikation der vorgesehenen Mitarbeiter (Herbeiführung der Betriebsbereitschaft, Kenntnisse der deutschen Sprache in Wort und Schrift, Schulungen), nachgewiesen durch entsprechend aussagekräftige Lebensläufe, persönliche Referenzen und sonstige Qualifikationsnachweise, insbesondere Zeugnisse. Angaben, ob die vorgesehenen Mitarbeiter über eines oder mehrere der nachfolgenden Zertifikate verfügen:
  - HPE Storage „Nimble/Alletra“ Zertifikat/e
  - HPE Networking Zertifikat/e
  - HPE Server "ProLiant" Zertifikat/e
  - VMware "vSphere" Zertifikat/e

Hinweis: Die Zertifikate sind den Ausführungen zur Qualifikation beizufügen. Zudem wird auf die Ausschlusskriterien Nr. 1.9 ff. des **02.2.1\_Anforderungskatalog** verwiesen.

## 12 ERMITTLUNG DES WIRTSCHAFTLICHSTEN ANGEBOTS

1. Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt anhand der nachfolgend genannten Zuschlagskriterien und der im Folgenden erläuterten Vorgehensweise.
2. Zuschlagskriterien sind der Preis und die nach dem Angebot zu erwartende Qualität der Leistung, wobei der Preis zu 40 % und die Qualität zu 60 % in die Gesamtwertung eingehen.
3. Die Zuschlagskriterien sind innerhalb des **02.2.1\_Anforderungskatalog** abschließend aufgeführt.
4. Innerhalb des **02.2.1\_Anforderungskatalogs** müssen sämtliche KO- und Bewertungskriterien berücksichtigt und beantwortet werden. Abweichungen und Auslassungen können zum Ausschluss des jeweiligen Angebotes führen.

### 12.1 Preis (40 %)

Für die Ermittlung des Preises werden alle Positionen des Preisblatts addiert und der „Gesamtpreis brutto“ ermittelt. Dies ist ein fiktiver Preis für den Abruf von Leistungen, der lediglich der Ermittlung des Wertungspreises dient. Hieraus ermittelt sich der Wertungspreis WP.

Der WP ist die Summe aus den angebotenen Preisen:

$$WP = \text{Summe Gesamtpreis}$$

### 12.2 Qualität (60 %)

Das Kriterium Qualität setzt sich aus den folgenden fünf Unterkriterien zusammen, die die einzureichenden Konzepte (siehe Ziffer 11.5) widerspiegeln:

a) Angebotskonzept Projektvorgehen
b) Grobkonzept zur LAN-Infrastruktur
c) Grobkonzept zur Out-of-Band Infrastruktur
d) Grobkonzept Server-Systeme Virtualisierung
e) Personaleinsatzkonzept

Grundlage der Bewertung ist die nach den schriftlichen Konzepten (siehe Ziffer 11.5) zu erwartende Qualität der Leistung. Diese wird entsprechend einer im **02.2.1\_Anforderungskatalog** dargestellten Abstufung bewertet. Die in den einzelnen Konzeptbestandteilen erzielten Punkte werden sodann gewichtet.

### 12.3 Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots anhand der Zuschlagskennzahl

Das wirtschaftlichste Angebot ist das Angebot mit der höchsten Zuschlagskennzahl Z, die nach der folgenden Formel ermittelt wird:

$$Z = 60\% \times L_{(\text{Angebot})} / L_{\text{max}} + 40\% \times WP_{\text{min}} / WP_{(\text{Angebot})}$$

Hier sind:

$L_{\text{max}}$  = maximal erreichbare Punktzahl, also 160

$L_{(\text{Angebot})}$  = Punktzahl des Angebots

$WP_{(\text{Angebot})}$  = Wertungspreis des Angebots

$WP_{\text{min}}$  = niedrigster angebotener Wertungspreis aller wertungsfähigen Angebote.

Der Zuschlag erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot.

## 13 VERTRAULICHKEIT

1. Mit der Abgabe eines Angebots verpflichtet sich der Bieter zur vertraulichen Behandlung aller im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellten Informationen und Unterlagen. Die Vergabeunterlagen dürfen von den Bietern nicht weitergegeben werden. Davon ausgenommen sind lediglich Berater und Nachunternehmer der Bieter, wenn diese nachweislich zur Wahrung der Vertraulichkeit in derselben Weise und demselben Umfang verpflichtet worden sind. Die Vergabeunterlagen bleiben Eigentum des Auftraggebers.
2. Bieter dürfen Veröffentlichungen über das Vorhaben oder Teile davon sowie über weitere Informationen, welche ihnen im Rahmen des Vergabeverfahrens bekannt werden, nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers vornehmen.

## 14 NACHPRÜFUNGSVERFAHREN

1. Rügen wegen erkannter Vergabeverstöße sind gegenüber der unter Ziffer 2 genannten Kontaktstelle nach § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen zu erheben.
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe gerügt werden, § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 GWB. Dies gilt insbesondere auch für im Verlaufe des Vergabeverfahrens erfolgte Änderungen an den Vergabeunterlagen.
3. Ergänzend wird auf § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB hingewiesen. Hiernach ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung vergangen sind, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen.

4. Zuständige Stelle für ein Nachprüfungsverfahren ist die

Vergabekammer des Bundes  
Bundeskanzlerplatz 2  
53113 Bonn  
Telefon: 0228 9499-0  
Telefax: 0228 9499-163  
E-Mail: [vk@bundeskartellamt.bund.de](mailto:vk@bundeskartellamt.bund.de)